



Presseschau vom 11.07.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voiceevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

de.sputniknews.com: Kiew bereitet weitere Sanktionen gegen Russland vor – im Literaturbereich.

Das ukrainische Staatskomitee für Fernsehen und Hörfunk (Goskomtelradio) will nach eigenen Angaben gegen russische Verlagshäuser und Webseiten Sanktionen wegen „der Herausgabe von Literatur mit antikukrainischem Inhalt“ verhängen.

Bei der Auswahl von Sanktionsobjekten geht die Behörde von der von ihr selbst erstellten Liste russischer Ausgaben aus, die „die Vernichtung der Unabhängigkeit der Ukraine, die Propaganda von Gewalt, die Anheizung von ethnischen, rassenbedingten und religiösen Feinden, die Verübung von Terroranschlägen sowie das Vergreifen an den Menschenrechten und -freiheiten“ zum Inhalt hätten.

Nach dem Stand vom 10. Juli ist diese Liste durch 184 weitere Arten von Literaturerzeugnissen aus Russland ergänzt worden. Dazu gehören Werke von Sachar Prilepin, Eduard Limonow, Alexander Dugin und Anatoli Tereschtschenko sowie die Verlagshäuser „Veche“, „Eksmo“, „Centropoligraf“ und „Algoritm“.

Seinem Pressedienst zufolge hat das Komitee den zuständigen Behörden den Entwurf für einen Regierungserlass über Sanktionen gegen neun Verlagshäuser und drei Webseiten-Inhaber aus Russland vorgelegt, „die Literatur mit antiukrainischem Inhalt in Papierform oder in elektronischem Format zum Verkauf anbieten“.

Kiew hatte Ende Mai Sanktionen gegen das Medienhaus „Rossiya Segodnya“ und das Portal „RIA Novosti Ukraina“ verhängt und den Zugang zu den Webseiten „Rossiyasegodnya.rf“, „Sputniknews.com“, „Ria.ru“, „Rsport.ria.ru“, „prime.ru“, „realty.ria.ru“ gesperrt. Außerdem

wurden 1748 natürliche und 756 juristische Personen auf die Sanktionsliste gesetzt. Der Generaldirektor von „Rossiya segodnya“, Dmitri Kisseljow, führte diese Handlungen Kiew auf dessen Kraftlosigkeit zurück. Seiner Meinung nach bereiten sich die ukrainischen Behörden darauf vor, die Medienlandschaft im Wahl-Vorfeld zu „säubern“.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden einmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, wurde das Gebiet von **Frunse** beschossen.

de.sputniknews.com: Griechenland weist zwei russische Diplomaten aus – Moskau verspricht Antwort.

Griechenland weist laut der lokalen Zeitung „Kathimerini“ zwei russische Diplomaten aus und sperrt zwei weiteren die Einreise. Das russische Außenministerium hat nun diese Meldung kommentiert und eine Antwort vom russischen Präsidenten auf die Ausweisung versprochen.

„Nach der etablierten Praxis folgt in gleichen Situationen eine spiegelbildliche Antwort“, so das russische Außenministerium auf den jüngsten Bericht der griechischen Zeitung „Kathimerini“ über die Ausweisung von russischen Diplomaten.

Am Mittwoch hatte die Zeitung „Kathimerini“ berichtet, dass Griechenland zwei russische Diplomaten ausweise und zwei weiteren Diplomaten die Einreise ins Land wegen „rechtswidrigen Handlungen gegen die nationale Sicherheit“ verbiete. Das Blatt schreibt unter Berufung auf hochrangige diplomatische Quellen, dass die von Athen ergriffenen Maßnahmen „eine Antwort auf das illegale Vorgehen auf dem griechischen Territorium“ sei, „das eine Einmischung in die innere Angelegenheiten Griechenlands darstellt“.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 10. Juli 3:00 Uhr bis 11. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 6.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Schirokaja Balka, Dolomitnoje), Flughafen (Wesjoloje), Telmanowo (Petrowskoje), Besymennoje (Leninskoje).**

In Folge eines nächtlichen Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Trawnewoje auf Dolomitnoje wurde eine Stromleitung beschädigt, die gesamte Ortschaft hat keinen Strom.

Gestern wurden durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte mit großkalibrigen Maschinengewehren aus Richtung Nowgorodskoje auf Schirokaja Balka die Eingangstür und ein Fensterblock des Hauses in der Plotinnaja-Straße 164 bsschädigt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 61 In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 85..

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung – der „Brot“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Poroschenko bald gerichtsreif - ukrainischer Ex-Verteidigungsminister

Der ukrainische Ex-Verteidigungsminister Anatoli Grizenko hat gegenüber dem Fernsehsender NewsOne seine Empörung über die Tätigkeit des „durch und durch korrumpierten“ Präsidenten Petro Poroschenko geäußert.

Laut Grizenko hat keiner der bisherigen ukrainischen Präsidenten Vorwürfe vonseiten europäischer Staaten wegen unzureichender Korruptionsbekämpfung aufkommen lassen. Unter dem jetzigen Staatschef habe sich alles geändert.

„Ich schäme mich, dass die Ukraine von einem solchen Präsidenten vertreten wird. Selbst zur Amtszeit von Janukowitsch, ja unter Juschtschenko, Kutschma und Krawtschuk (...) wurden solche Vorwürfe wie ‚Ihr habt noch kein Anti-Korruptionsgericht gebildet‘, ‚Abänderungen sind nötig‘ und ‚Ihr müsst den Kampf gegen Korruption verstärken‘ nicht erhoben.“ Und Präsident Poroschenko stehe da, verteile Umarmungen und Küsse, lache und glaube, das gehe ihn nichts an, so Grizenko.

Ihm zufolge wird sich Poroschenko in Zukunft vor Gericht verantworten müssen.

„Ich gebe die Gewähr dafür, dass Präsident Poroschenko vor Gericht gehen wird. Er wird sich nicht der Verantwortung dafür entziehen können, dass er das Gesetz verletzt, dass seine verbrecherischen Handlungen und seine verbrecherische Tatenlosigkeit schwere Folgen für das Land nach sich gezogen haben“, so Grizenko.

Die Werchowna Rada hatte zuvor ein Gesetz verabschiedet, das die Bildung eines Anti-Korruptionsgerichts vorsieht. Dabei ist der Termin für die vollständige Einrichtung der Behörde nicht bekannt. Die Bildung des Anti-Korruptionsgerichts ist eine der wichtigsten Bedingungen für die Einräumung einer weiteren IWF-Kredittranche an die Ukraine. Das Gesetz ist seit dem 15. Juni in Kraft.

Dan-news.info: „Der Gemüseanbau in Treibhäusern ist der arbeitsaufwendigste Bereich der Pflanzenzucht in der DVR“, heißt es in einer Mitteilung des Landwirtschaftsministeriums.

„Im ersten Halbjahr haben die Gemüsebauern 570 Tonnen Erzeugnisse aus Treibhausanbau in die Handelsnetze der Republik geliefert. Davon sind in ein großer Teil – 492 Tonnen – Tomaten. Von Treibhausbeeten sind 40 Tonnen Gurken und genauso viel Kohl und Kürbis geerntet worden“.

Im landwirtschaftlichen Komplex der Republik sind acht Treibhauswirtschaften aktiv. Die größten „ganzjährigen Gärten“ befinden sich in Surgres, Donezk und Jenakiewo.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Hybridkrieg auf der Krim wurde zum Flop – Russlands Verteidigungsminister

Der vom Westen geplante Hybridkrieg auf der Krim ist gescheitert, sagte der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu gegenüber der italienischen Zeitung „Il Giornale“. „Anschuldigungen gegen Russland (wegen eines Hybridkrieges – Anm. d. Red.) wurden in US-amerikanischen und britischen Medien nach dem missglückten Versuch erhoben, ein derartiges Schema auf der Krim umzusetzen. Wir haben den Kollegen aus Übersee einfach die Möglichkeit genommen, solche Maßnahmen auf der Krim zu unternehmen. Im Gegensatz dazu wurde dort ein Referendum durchgeführt, bei dem die Menschen ungehindert und, beiläufig gesagt, in Anwesenheit von Hunderten Medienvertretern aus den USA über den Austritt aus der Ukraine und die Wiedervereinigung mit Russland entschieden haben“, so der Verteidigungsminister.

Schoigu zählte die Anzeichen für die hybride Kriegführung auf der Schwarzmeer-Halbinsel 2014 durch Washington auf. „Auch europäische Länder waren an den hybriden Handlungen passiv beteiligt“, fügte der Minister hinzu.

Schoigu verwies auf eine inkonsequente Herangehensweise der USA bezüglich der Anerkennung der Unabhängigkeit von Staaten, speziell von Kosovo. Nach dem Zerfall

Jugoslawiens wegen der Einmischung der Nato habe Kosovo kein Gesamtreferendum durchgeführt und sei gleich nach einer einfachen Parlamentsabstimmung von Washington und Europa anerkannt worden.

„Das geschah ohne Berücksichtigung der Meinung der in Kosovo lebenden Serben und der jugoslawischen Verfassung“, betonte der Minister.

Am 16. März 2014 hat die Krim-Bevölkerung in einem Referendum mehrheitlich für eine Abspaltung von der Ukraine und für eine Wiedervereinigung mit der Russischen Föderation gestimmt. Zwei Tage später unterzeichneten Russlands Präsident Wladimir Putin und die Regierung der Krim einen Vertrag über die Aufnahme dieser Schwarzmeer-Halbinsel und der Stadt Sewastopol in die Russische Föderation.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32150/21/321502152.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Koordination der Volksmiliz der DVR zur Lage am 11. Juni 2018:

Die Lage an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Gestern hat der besondere Vertreter des US-Außenministeriums K. Volker eine lautstarke Erklärung über das Recht der Ukraine, das Feuer auf ihr eigenes Territorium zu eröffnen, abgegeben. Mit einer solchen Erklärung stellen die USA weitere Bestrebungen Kiews, die in Minsk erzielten Vereinbarungen zu erfüllen, in Frage und geben den Kriegsverbrechern der ukrainischen Streitkräfte freie Hand.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Besatzungskräfte die Intensität des Beschusses auf das Territorium der Republik nicht verringert und dabei das **Feuer zu einem großen Teil auf Wohngebiete von Ortschaften konzentriert.**

In **Richtung Mariupol** wurde **Leninskoje** von Seiten der ukrainischen Kämpfer beschossen. Die ukrainischen Terroristen aus der 36. Marineinfanteriebrigade unter Leitung des Kriegsverbrechers und Mörders A. Gnatow haben aus Mörsern des Kalibers 120 bzw. 82mm 22 Geschosse auf die Ortschaft abgefeuert.

In **Richtung Donezk** haben die Kämpfer aus der 93. mechanisierten Brigade unter Anführerschaft eines weiteren Verbrechers, W. Klotschkow, **Petrowskoje** und **Wesjoloje** beschossen. Es wurde mit Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, geschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die ukrainischen Besatzer **Dolomitnoje** beschossen Die Kämpfer aus der 24. mechanisierten Brigade haben Wohngebiete mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Dabei wurden Stromleitungen beschädigt, derzeit laufen die Arbeiten zur Wiederinbetriebnahme der Stromversorgung der Ortschaft.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **fünf Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzungskräfte festgestellt.

Im Zusammenhang mit der beginnenden **Jagd auf Freiwillige** in der Zone der Operation der Besatzungskräfte haben sich, wie wir vorher erklärt haben, die **Konflikte zwischen ukrainischen Massenmedien und dem Kommando der Besatzungskräfte** verstärkt. Die führenden ukrainischen Massenmedien beschuldigen weiter das ukrainische Militärkommando der Verheimlichung von Verlusten. So haben ukrainische Massenmedien in Erwiderung auf eine Erklärung des ukrainischen Militärkommandos vom 10. Juli, dass es keine Verluste unter dem Personal gebe, erklärt, dass ein Soldat aus dem Oblast Lwow gestorben sei, und so ein weiteres Mal die ukrainischen Streitkräfte der Lüge und der Verbreitung von Desinformation beschuldigt.

Aber das Kommando der Besatzer muss sich trotz des sich verschärfenden Konflikts dennoch damit abfinden, dass sich Filmteams von Fernsehsendern in der Operationszone befinden. So arbeiten bis zum 15. Juli Vertreter von sieben nationalen und internationalen Massenmedien (TRK „Ukraina“, „5. Kanal“, Agence France-Presse, die Zeitung „Priasowskij rabotschij“ (Mariupol), „Für das Menschenrecht“, die Zeitung „Expreiss“ und die polnischen „Outriders“) im Frontgebiet. Im Zeitraum vom 1. Juni bis 8. Juli haben **mehr als 30 Gruppen ukrainischer und internationaler Informationsagenturen** die OOS-Zone besucht, um im Vorfeld des heutigen Treffens der Kontaktgruppe in Minsk **gefälschte Materialien zu sammeln**. Auch ist nicht ausgeschlossen, dass die militärisch-politische Führung zielgerichtet Vertreter von Massenmedien in die OOS-Zone schickt, um gestellte Aufnahmen von Fake-Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der DVR zu drehen, damit sie Pjotr Poroschenko im weiteren während des NATO-Gipfels am 11.-12. Juli nutzt, um die Führungen der RF und der Volksrepubliken der Eskalation des Konflikts im Südosten der Ukraine und der Nichterfüllung der „Minsker Vereinbarungen“ zu beschuldigen.

de.sputniknews.com: Russland verlässt Sitzungssaal bei parlamentarischer Versammlung von OSZE.

Die russische Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der OSZE hat am Mittwoch den Sitzungssaal in Berlin verlassen. Grund soll ein Verstoß gegen die Regeln bei der Abstimmung „für antirussische Resolutionen“ gewesen sein.

„Die russische Delegation ist der Meinung, dass die Abwesenheit einer Reihe von Abgeordneten bei der OSZE-Sitzung, welche die Autoren und Co-Autoren der Resolutionen sind, die gegen unser Land gerichtet sind, nicht ordnungsgemäß fixiert wurde, wie das vom Regelwerk vorgesehen ist“, so der russische Vize-Parlamentssprecher Pjotr Tolstoj. Der Leiter des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma (Parlamentsunterhaus) und Delegationsmitglied Leonid Sluzki bezeichnete die Geste als gerechtfertigt. Es werde weitere Proteste geben, sollten die Verstöße nicht aufhören, fügte er hinzu.

Zugleich betonte er aber, dass sich Russland weiterhin an den parlamentarischen Versammlungen der OSZE beteiligen möchte: „Wir setzen die Arbeit fort.“ Die „Spannung“ rund um Russland habe in der Versammlung wesentlich abgenommen – ungeachtet mancher Resolutionen. „Das ist nicht mehr der allgemeine Antagonismus, den es noch vor einem Jahr gab. Zugleich werden wir aber niemandem erlauben, die rote Linie zu überschreiten“, so Sluzki weiter.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32150/33/321503358.jpg>

de.sputniknews.com: Wer verstößt tatsächlich gegen INF-Vertrag? Russlands Minister klärt auf.

Die USA verletzen den INF-Vertrag, indem sie in Europa ein Raketenabwehrsystem stationieren. Dessen Startrampen könnten dem Abfeuern von Tomahawk-Marschflugkörpern gegen Russlands europäisches Territorium dienen, sagte der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu gegenüber der italienischen Zeitung „Il Giornale“.

„Wir haben wiederholt auf allen größeren internationalen Diskussionsebenen öffentlich darüber informiert, dass es gerade die USA sind, die gegen den Vertrag über Mittel- und Kurzstreckenraketen direkt verstoßen, indem sie bei der Aufstellung ihres Raketenschildes in Europa ihre Senkrechtstart-Rampen Mk-41 stationiert haben, die für das Abfeuern von Tomahawk-Marschflugkörpern geeignet sind. Fast der gesamte europäische Teil Russlands liegt in der Reichweite solcher Raketen“, so der Minister.

Schoigu erinnerte daran, dass der russische Präsident Wladimir Putin bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 die Führung der USA und anderer westlicher Länder aufgefordert hatte, die nationalen Interessen Russlands zu respektieren und aufgeschlossene und gleichberechtigte Beziehungen aufzubauen. „Bedauerlicherweise wollte kaum jemand im Westen diesen Appell vernehmen“, so der Minister.

Zugleich würden undeutliche und fadenscheinige Anschuldigungen gegen Russland wegen einer angeblichen Verletzung des Vertrags laut, fügte er hinzu.

„Die US-Seite bereitet ihren Austritt aus dem Vertrag über Mittel- und Kurzstreckenraketen vor. Als Grund für diesen Schritt werden angebliche Verstöße gegen den Vertrag durch Russland genannt. Aber es werden keine Fakten angeführt und nur noch Erklärungen vorgebracht“, so der Verteidigungsminister.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32150/39/321503998.jpg>

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **einmal das Regime der Feueereinstellung verletzt** und die Positionen der Volksmiliz im Gebiet von **Frunse** mit Granatwerfern und großkalibrigen Schusswaffen beschossen.

Geschossen wurde von den Positionen der 53. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, deren Kommandeur der Kriegsverbrecher Grusewitsch ist.

Unter Nutzung des „Erntewaffenstillstands“ sammeln die ukrainischen Truppen aktiv Informationen über die Lage im Gebiet der Kontaktlinie, um Provokationen im Vorfeld des NATO-Gipfels, der für den 11.-12. Juli geplant ist, durchzuführen.

Eine solche Provokation war die gestrige Beschuldigung der Soldaten der Volksmiliz der LVR bezüglich des Beschusses von Solotoje-4. Inzwischen verfügen wir über zuverlässige Informationen darüber, dass der Beschuss inszeniert war und von den Positionen des 1. Panzergrenadierbataillons „Wolyn“ der 14. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte aus dem Gebiet von Katerinowka heraus erfolgte. Gleichzeitig haben die ukrainischen Truppen in der letzten Nacht wieder das Wohngebiet von Solotoje-4 beschossen. Dabei wurden die Vertreter der sogenannten Lugansker Oblastverwaltung von den ukrainischen Truppen gezwungen, eine Erklärung über den Beschuss dieser Ortschaft durch Soldaten der LVR abzugeben.

Außerdem ist im Gebiet von Sisoje und Staniza Luganskaja Luftaufklärung durch Einheiten aus der 59. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte festzustellen.

Ich erinnere daran, dass die Verwendung von Drohnen im Gebiet der Kontaktlinie durch die Minsker Vereinbarungen verboten ist.

Die Folge der Luftaufklärung durch die ukrainischen Truppen im Gebiet der genannten Ortschaften war eine **bewaffnete Provokationen, die in der letzten Nacht durchgeführt wurde**. Im Verlauf der Provokation haben Soldaten des 11. Panzergrenadierbataillons der 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte mit Mörsern und Schusswaffen Positionen des 9. Bataillons derselben Brigade im Gebiet von Sisoje beschossen. Diese Handlungen haben das Ziel, die Führung der Republik im Vorfeld der Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk der Verletzung des „Erntewaffenstillstands“ zu beschuldigen. Zur Durchführung dieser Provokation wurden von der ukrainischen Regierung kontrollierte Massenmedien herangezogen.

Unter Nutzung der Bedingungen des Waffenstillstands konzentriert der Gegner weiter Kräfte und Mittel entlang der Kontaktlinie.

Im Gebiet von Walujskoje haben die ukrainischen Streitkräfte in einem Waldstück eine Haubitzenartilleriebatterie aus einer Artillerieabteilung der 59. Brigade stationiert, die über sechs 152mm-Haubitzen D-20 verfügt. Diese Batterie befindet sich in Kampfbereitschaft, die Soldaten erwarten den Befehl zur Durchführung provokativer Beschüsse, die Position ist sorgfältige getarnt.

Maßnahmen zur Tarnung von eingenommenen Positionen sowie von durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen und Militärtechnik an der Kontaktlinie führen auch Einheiten der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte durch.

Vom Kommando der 43. Artilleriebrigade der ukrainischen Streitkräfte wird eine Überprüfung der Bereitschaft der unterstellten Einheiten zur Erfüllung von Aufgaben unter Nachtbedingungen durchgeführt. Im Rahmen dieser Maßnahmen werden Informationen über die Zahl und den Zustand der Nachtsichtgeräte, insbesondere für die Fahrer der selbstfahrenden Artilleriehaubitzen „Pion“, erhoben. Zum Stand vom 11. Juli befinden sich in der Zone der Strafoperation 20 203mm-Artilleriegeschütze 2C7 „Pion“ aus dem Bestand der 43. Artilleriebrigade, davon sind acht im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ stationiert.

Wir rufen die Vertreter der OSZE-Mission auf, die Beobachtung der Örtlichkeit zu aktivieren, um die verbotenen Waffen der ukrainischen Streitkräfte festzustellen und die Besatzer zum Abzug der Waffen auf die festgeschriebene Entfernung zu zwingen.

Die aggressiven Absichten Kiews werden deutlich durch eine Erklärung des ehemaligen Anführers des „Rechten Sektors“ Dmitrij Jarosch illustriert, der erklärte, dass Kinder für ein **Lager zur nationalpatriotischen Erziehung der Jugend der „Ukrainischen Freiwilligenarmee“** angeworben werden. In dem Lager werden die Kinder in praktischen Fertigkeiten der Kampfführung und des Überlebens unter Kriegsbedingungen unterrichtet. Nach den Worten Jaroschs werden die Kinder im Lager **zur „Vernichtung Russlands“ ausgebildet.**

Im Zusammenhang damit rufen wir die Weltöffentlichkeit und die internationalen Organisationen auf, die Handlungen Kiews, die auf die Heranziehung einer neuen Generation von Faschisten im Zentrum des europäischen Kontinents gerichtet sind, zu unterbinden. Wie die Geschichte zeigt, ist die „braune Pest“ eine Krankheit, unter der das gesamte zivilisierte Europa leiden kann.

Die Volksmiliz hält das „Regime der Ruhe“ und die Minsker Vereinbarungen ein. Unsere Handlungen sind auf eine friedliche Lösung des Konflikts im Donbass gerichtet.

Die Einheiten der Truppenteile erhöhen planmäßig das Niveau ihrer Professionalität und sind bereit zur Erfüllung von Aufgaben zur Verteidigung und Gewährleistung der Sicherheit der Einwohner der Republik.

de.sputniknews.com: Schoigu schließt direkte russisch-ukrainische Konfrontation aus.

Eine direkte Konfrontation zwischen Russland und der Ukraine schließt der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu aus: Die beiden Länder sind laut ihm zu eng durch die gemeinsame Geschichte verbunden.

„Ich halte eine direkte Konfrontation zwischen der Ukraine und Russland für unmöglich“, sagte der Verteidigungschef in einem Interview für die italienische Zeitung „Il Giornale“.

„Wir haben gemeinsame Wurzeln, über mehrere Jahrzehnte hinweg haben wir die schwersten Herausforderungen durchgemacht und unsere Freiheit und Unabhängigkeit im Zweiten Weltkrieg Schulter an Schulter erkämpft“, so Schoigu weiter.

Alle seine Verwandten mütterlicherseits hätten in der Ukraine gelebt. Er selbst sei in einer kleinen Kirche in der Bergarbeiter-Stadt Stachanow in der Region Lugansk getauft worden.

„Deshalb bin ich davon überzeugt, dass es in unserem gemeinsamen historischen Gedächtnis

keinen Platz für Konfrontation und Feindseligkeit geben wird“, fügte er hinzu. Die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine sind seit mehreren Jahren schwer belastet. Im Jahr 2014 fand ein Referendum auf der Krim statt, bei dem knapp 97 Prozent der Wahlberechtigten für den Beitritt zu Russland stimmten. Zahlreiche ausländische Beobachter und Journalisten verfolgten die Abstimmung. Hintergrund des Volksentscheids waren die Entwicklungen in der Ukraine infolge des sogenannten Euromaidans. Kiew betrachtet die Krim weiterhin als Teil der Ukraine.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32084/40/320844083.jpg>

de.sputniknews.com: Nato lädt Mazedonien offiziell zu Beitrittsgesprächen ein. Beim heutigen Gipfel in Brüssel hat die Nato Mazedonien offiziell zu Beitrittsgesprächen eingeladen. Zugleich wurde betont, dass die Lösung des Namensstreits eine wichtige Bedingung für den Beitritt sei.

„Die Tür der Nato ist und bleibt offen: Wir sind übereingekommen, die Regierung in Skopje einzuladen, Beitrittsgespräche zu beginnen“, sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Donnerstag zum Abschluss des Nato-Gipfels in Brüssel.

Das mazedonische Parlament hatte zuvor ein Abkommen mit Griechenland über den neuen Staatsnamen für die ehemalige jugoslawische Republik ratifiziert. Das Land soll künftig Republik Nordmazedonien heißen.

Abends:

de.sputniknews.com: Nato-Erklärung: „Russlands aggressives Vorgehen untergräbt internationale Ordnung“.

usslands „aggressives Vorgehen“ untergräbt die regelbasierte internationale Ordnung, heißt es in der Abschlusserklärung des Nato-Gipfels in Brüssel. Das nordatlantische Bündnis bleibe jedoch für einen Dialog mit Russland offen.

„Russlands aggressives Vorgehen, darunter auch Drohungen und Gewaltanwendung zum Erreichen politischer Ziele, fordert die Allianz heraus und untergräbt die euro-atlantische Sicherheit und regelbasierte internationale Ordnung“, hieß es.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten arbeite die Nato daran, eine Partnerschaft mit Russland aufzubauen, unter anderem durch den Mechanismus des Nato-Russland-Rats (NRC). „Wir bleiben für einen regelmäßigen, konzentrierten und sinnvollen Dialog mit einem Russland offen, das auf Grundlage der Gegenseitigkeit im NRC zusammenarbeiten will, mit der Absicht, Missverständnisse, Fehlkalkulationen und unbeabsichtigte Eskalation zu vermeiden und die Transparenz und Berechenbarkeit zu erhöhen“, hieß es weiter.

In der Erklärung wird außerdem behauptet, die Nato suche "keine Konfrontation mit

Russland" und bedrohe das Land nicht.

Das Dokument wirft Russland außerdem „provokatives militärisches Vorgehen in der Nähe der Nato-Grenzen“, darunter auch in Kaliningrad vor.

de.sputniknews.com: Massaker von Srebrenica: Auf jeden Toten kommen mehr als zwei Mörder?

Heute finden in der Republik Srpska Gedenkaktionen anlässlich des Massenmordes in Srebrenica 1995 statt. Die Organisation „Mütter von Srebrenica“ verdächtigt insgesamt 22.000 Serben der Beteiligung am Massenmord an Tausenden bosnischen Muslimen. Der Leiter des „Geschichtsprojekts Srebrenica“, Stefan Karganovic, hält die Zahl jedoch für absurd.

Vor 23 Jahren wurde Srebrenica von der Armee der Republik Srpska unter Führung von Ratko Mladic besetzt. Über die Opferzahl, die Schwere der Schuld der serbischen Militärs und die historische Bedeutung der Tragödie wird bis heute heftig diskutiert.

In seinem Bericht vom 12. Februar 2000 war der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien zu dem Schluss gekommen, dass die Opferzahl des Massakers sich auf 7.475 Menschen belaufe. Dennoch gehen manche serbischen und ausländischen Experten, ohne die Verbrechen der serbischen Soldaten abzustreiten, davon aus, dass diese Zahl stark übertrieben ist.

Im Vorfeld des 23. Jahrestages des Srebrenica-Massakers hatte die Vorsitzende der Nichtregierungsorganisation „Mütter von Srebrenica“, Munira Subasic, erklärt, sie werde bei Gedenkveranstaltungen in Potočari den hochrangigen Vertretern der deutschen Staatsanwaltschaft eine Liste mit 22.000 Namen von Serben übergeben, die der Beteiligung am Massenmord verdächtigt werden. Deutschland soll laut ihr unter anderem prüfen, ob diese Personen sich zurzeit in der Bundesrepublik aufhalten.

Stefan Karganovic, Leiter der niederländischen Nichtregierungsorganisation „Geschichtsprojekt Srebrenica“, hält die Zahl von 22.000 Personen für absurd. „Ich kann nicht verstehen, aus welchem Telefonbuch Frau Subasic diese Namen genommen hat. Man sollte sie danach fragen, weil man damals in der ganzen Gemeinde von Srebrenica keine 22.000 Serben zusammengezählt hätte“, sagte Karganovic gegenüber Sputnik Srbija.

„An der Militäroperation der Armee der Republik Srpska im Juli 1995 hatten 1500 serbische Soldaten teilgenommen. Wenn man die Einwohner der benachbarten Dörfer dazurechnet, steigt die Zahl der Serben um mehrere Tausend an. Jedenfalls erreichte die Zahl der Serben in der ganzen Region keine 22.000. Daher ist diese Liste völlig absurd. Frau Subasic gibt Unsinn von sich und will der Republik Srpska einfach die Suppe versalzen.“

Karaganovic erinnert zudem an einen Bericht zu Srebrenica, der unter dem ehemaligen Präsidenten der Republik Srpska, Dragan Cavic, erschienen war. Darin sei von 17.300 beteiligten Serben die Rede gewesen:

„Diese Arbeitsgruppe hat eine Liste von Serben erstellt, die größtenteils einfache Soldaten, aber auch Köchinnen und Putzfrauen im Stab von Mladic beinhaltet, die keinerlei Verbindung zu den Ereignissen in Srebrenica hatten. Aus den beiden Listen geht hervor, dass an der Ermordung jedes einzelnen gefangenen Bosniaken mehr als zwei serbische Mörder beteiligt waren. Wenn man darüber nachdenkt, ist das völliger Unsinn.“

Den Bericht von Frau Subacis erklärt er mit dem „Recht auf Kreativität“: Auf die Zahl 22.000 würde man laut ihm nur in dem Fall kommen, wenn man jeden einzelnen Serben dazurechnet würde, der sich einfach in der Nähe des Orts des Massakers aufhielt. Genau das sei aber die Grundlage der beiden Listen.

„Natürlich hat die jahrelange Arbeit von Frau Munira Subasic (...) die Schaffung einer politischen, pseudojuristischen und moralischen Basis zur Abschaffung der Republik Srpska und zur Unitarisierung von Bosnien und Herzegowina zum Ziel.“

Der serbische Präsident Aleksandar Vucic erkennt die Schuld seiner Landsleute für das

„schreckliche Kriegsverbrechen“ an und hat den Angehörigen der Opfer sein Beileid ausgedrückt. Die Serben haben laut ihm eine Lehre aus dieser Tragödie gezogen. Zugleich bewertet Vucic die Ereignisse in Srebrenica jedoch nicht als Genozid – mit der Begründung, die Aggression gegen die Bosniaken sei nicht einseitig gewesen. Er erinnert dabei an die Verbrechen gegen Serben, die von bosnischen Muslimen und Kroaten begangen worden seien.

Moskau brachte seine offizielle Haltung in dieser Frage am 8. Juli 2015 bei der Abstimmung des UN-Sicherheitsrates zum Ausdruck. Der ständige UN-Botschafter Vitali Tschurkin hatte die britische Resolution, welche das Srebrenica-Massaker als Genozid anerkennen wollte, mit einem Veto blockiert. Das russische Außenministerium bewertet zwar die Ereignisse als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Doch die Behörde weist zugleich darauf hin, dass die „Aussonderung eines einzelnen von zahlreichen Kriegsverbrechen jener Zeit unter Ignorierung der restlichen absolut unrechtens ist und zur weiteren Spaltung der bosnischen Gesellschaft beitragen würde“.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/30326/44/303264474.jpg>

de.soutniknews.com: „Im Fall von Hybridkrieg“: NATO wird Artikel 5 zur Verteidigung in Kraft setzen.

Im Fall eines Hybridkrieges wird die NATO den Artikel 5 ihrer Satzung über die kollektive Verteidigung wie bei einem bewaffneten Überfall in Kraft setzen. Das geht aus einer am Mittwoch am Rande der Allianzgipfels in Brüssel abgegebenen Erklärung hervor.

„Unter Berücksichtigung dessen, dass die Verantwortung für eine Reaktion auf hybride Bedrohungen das angegriffene Land übernimmt, ist die Allianz bereit, aufgrund des Beschlusses des (Nordatlantischen) Rates, einem beliebigen Verbündeten auf beliebigem Stadium der hybriden Kampagne Hilfe zu erweisen“, hieß es in dem Papier.

Laut Artikel 5 der NATO-Satzung ist ein „bewaffneter Überfall auf eine oder mehrere Vertragsseiten in Europa oder Nordamerika als ein Überfall auf die Allianz als Ganzes zu betrachten“.